

"Alltagskriminalität", Verbrechensfurcht und Polizei: Von dem Problem, etwas zu bekämpfen, was sich nicht bekämpfen läßt¹

Thomas Feltes

1. Einleitung

"Es gibt kein Phänomen, das unseren Alltag heute so durchdringt, wie das der Kriminalität. Es fesselt unser Wahrnehmungsvermögen, doch schärft es auch unser Vermögen, den Zusammenhang von Alltag und Kriminalität wahrzunehmen? Denn die Formen, in denen Kriminalität uns heute begegnet, sind mit dem Alltag der Menschen vermittelt, ihrer Verlorenheit in der Anonymität der modernen Leistungsgesellschaft, ihrem Frösteln angesichts fehlender Wärme in den zwischenmenschlichen Beziehungen, ihren Frustrationen in Beruf und Familie, ihrem sozialen und psychischen Unvermögen, Erwartungshaltungen, die nicht die eigenen Haltungen sind, an einer Realität abzuarbeiten, die diese zu ihrer Evidenz braucht." (Blasius 1978, S.7).

Diese Bemerkungen von Blasius vor inzwischen fast 20 Jahren haben an Aktualität nichts eingebüßt - im Gegenteil. Die "Kriminalität" durchdringt zunehmend unseren Alltag - vornehmlich allerdings in der Form der Verbrechensfurcht, die anscheinend unbeeindruckt von der tatsächlichen Opferbelastung unablässig weiter ansteigt. "Die kriminelle Faszination heute signalisiert den Verlust der sozialen Einholung von Kriminalität; sie wird nicht mehr als ein Moment von Gesellschaft begriffen, das deren soziale Bauprinzipien und spezifisch gelagerte soziale Infrastruktur auf besondere Weise zum Ausdruck bringt" (Blasius aaO.). Warum sind wir nach wie vor nicht bereit, Kriminalität als einen unabdingbaren Bestandteil jeder Gesellschaft und jeder Gesellschaftsform zu akzeptieren? Warum finden wir uns mit Verkehrstoten, Alkoholopfern und Opfern von Gewalt in der Familie ab, nicht aber mit "der Kriminalität", die uns allgegenwärtig erscheint, auch wenn sie im realen Alltag zumeist weit weg ist. Möglicherweise geben uns Parallelen eine erste Antwort, die man zwischen der Entwicklung der Verbrechensfurcht und allgemeinen gesellschaftlichen Ängsten, aber z.B. auch zur Zufriedenheit mit unserem politischen System ziehen kann. International anerkannt und empirisch nachgewiesen ist, daß es keine linearen (und schon gar keine kausalen) Beziehungen zwischen der polizeilich registrierten Entwicklung der Kriminalität und der Verbrechensfurcht gibt. Selbst auf den ersten Blick offensichtliche Zusammenhänge zwischen tatsächlichem Opferwerden und polizeilich registrierter Kriminalität lassen sich dort, wo beides registriert wird, oftmals nicht nachweisen. So ist in den letzten 20 Jahren die polizeilich registrierte Kriminalität in den USA beständig angestiegen (zumindest bis 1992/93), während die Zahl der bei den dort ebenfalls jährlich durchgeführten Opferbefragungen ermittelten tatsächlichen Opfer von Straftaten deutlich zurückgegangen ist (*s. Skizze 1*). Über die Ursachen oder möglicherweise doch vorhandene Zusammenhänge läßt sich vorzüglich streiten - bedeutsam erscheint zumindest die Tatsache, daß bei uns ausschließlich der polizeilich registrierte Kriminalitätsanstieg wahrgenommen wurde, und nicht der Rückgang nach der Opferbefragung. Gleichzeitig ist dort die Zahl der (vor allem zu Freiheitsstrafe) Verurteilten dramatisch angestiegen, und die Befürworter der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung nehmen zu. "Unsere Gesellschaft wird zusammengehalten durch Leistung, technischen Fortschritt, opti-

¹ Der Beitrag basiert auf einem Referat, das ich am 19.11.1996 an der Polizei-Führungsakademie gehalten habe. Eine gekürzte Fassung wurde abgedruckt in Kriminalistik Heft 8/9, 1997.

male Rationalität und ein Höchstmaß an Produkten und Konsum. Kultur, Geist, Philosophie - überhaupt die Humanitas - spielen eine immer geringere Rolle. Von Ethik redet kein Mensch. Typisch für unsere Gesellschaft ist das ungebremte Streben nach immer neuem Fortschritt, nach Befriedigung der ständig wachsenden Erwartungen: Alles muß immer größer werden, von allem muß es immer mehr geben - mehr Freiheit, Wachstum, Profit .. Wir leben eben in einer dynamischen Epoche und nicht, wie Jahrhunderte zuvor, in einer Welt, die durch Statik charakterisiert war. .. Bei der Marktwirtschaft, die ja auf dem System des Wettbewerbs, also der Konkurrenz beruht, kommt alles darauf an, besser zu sein als die anderen. Der Motor dieses Systems ist daher der Egoismus. Und dieser Egoismus macht vor nichts Halt. In seinem Gefolge wächst die Brutalität, die unseren Alltag kennzeichnet, wie auch die Korruption, die in vielen Ländern mittlerweile bis hinauf ins Kabinett reicht. Jeder denkt an sich, an seine Lustmaximierung - für das Allgemeinwohl soll gefälligst der Staat sorgen" (*Marion Gräfin Dönhoff, DIE ZEIT Nr. 28, 05.07.96, S. 7*). Funktioniert ein soziales System einmal nicht mehr so, wie man sich das vorstellt, steigt z.B. die Arbeitslosigkeit und verstärken sich allgemeine Lebensängste, dann bietet sich "die Kriminalität" immer wieder an, um im wahrsten Sinne des Wortes die Sündenbockfunktion zu übernehmen. Sündenböcke sind immer gut - sie lenken von den tatsächlichen Problemen und ihren Ursachen ebenso ab wie sie es ermöglichen, einfache Lösungen für komplexe Probleme zu finden. Man erhöht den Strafraum, und glaubt damit, potentielle Straftäter abzuschrecken; man führt anlaßunabhängige Polizeikontrollen ein, und glaubt damit der grenzüberschreitenden, internationalen (und auch noch organisierten!) Kriminalität etwas entgegenzusetzen; man will das Strafmündigkeitsalter senken und öffentliche Wege und Plätze privatisieren, um so unliebsame und konsumunwillige Personen aus den Innenstädten zu vertreiben; das Muster ist immer das gleiche: Dem Wahlbürger soll durch Maßnahmen, die den Eindruck konsequenten Verhaltens erwecken, das Vertrauen in die Politik wiedergegeben werden, das er durch andere politische Maßnahmen längst verloren hat.

Wer, wie Polizeibeamte, einen Beruf hat, der ihn im Alltag nicht gerade mit der Schokoladenseite unserer Gesellschaft konfrontiert und der manchmal glauben macht, die Welt bestünde nur aus Unordnung, Benachteiligung und Kriminalität, der läuft Gefahr, in zwei unterschiedlichen Welten zu leben: der Welt des beruflichen Alltags und der Welt des Privaten. Die "Komplexität des Alltags" birgt die Gefahr, daß die überlebensnotwendige Reduktion dieser Komplexität in der Flucht in einfache Lösungen, einfache Weltbilder, einfache Konstruktionen gesehen wird - und damit besteht für die Betroffenen die Gefahr, anfällig zu werden für einfache, monolitische Gesellschaftsbilder. System und Lebenswelt entfremden sich voneinander, die innere Kolonisierung führt zur Nischenbildung oder zur multimedialen Introvertiertheit postmoderner Doppelverdiener. Auf der Strecke bleibt der Mensch, der seinen Subjektcharakter einbüßt und endgültig zum Objekt wird.

Je mehr aber unser Alltagswissen (z.B. durch unliebsame Wissenschaftler oder Forschungsergebnisse) in Frage gestellt wird, umso schwieriger wird es, soziale Situationen angemessen zu deuten und Probleme zu erklären. Der Mensch trachtet beständig danach, seine Umgebung, seine Wahrnehmungen möglichst eindeutig zu gestalten. "Reduktion von Komplexität" nennt man dieses Phänomen, wonach **jeder** Mensch danach trachtet, komplexe Situationen und Erleben möglichst einfach, möglichst nach für ihn verstehbaren (und damit nachvollziehbaren) Zusammenhängen und Erklärungen zu interpretieren. Zuviel Komplexität, die nicht reduziert werden kann, führt - im wahrsten Sinne des Wortes - zur (geistigen) Verwirrung. Wenn wir also etwas Komplexes wie z.B. die Alltagskriminalität nicht verstehen können (und wer würde von sich behaupten, daß er dies kann?), dann müssen wir (aus Selbsterhaltungsgründen) bestrebt sein, deren Komplexität zu reduzieren, also **einfache** Erklärungen oder Antworten finden. Wie gefährlich dies aber für polizeiliches Handeln sowohl im eigenen Verständnis als

auch für die gesellschaftliche Funktion von Polizei sein kann, liegt auf der Hand.

Ein weiteres Problem kommt hinzu: Der Begriff der **Inneren Sicherheit** wird in der öffentlichen Diskussion gerne verwendet, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Erstens erweckt man dadurch den Eindruck, dieselbe sei gefährdet und zweitens (was wichtiger ist) macht man damit deutlich, daß man sich um sie (die Sicherheit) besonders sorgt. Damit wird die Innere Sicherheit aber zur "Inneren Unsicherheit" (*Kampmeier/Neumeyer 1993*) gemacht. Daß diese so umsorgte öffentliche Sicherheit darunter leidet, daß sie thematisiert und ins Rampenlicht der Medien und der politischen Diskussion gestellt wird, wird manchmal verkannt. Sicherheit hat in einer modernen Gesellschaft verschiedenste Facetten, die zusammen betrachtet werden müssen. Sie können nicht getrennt voneinander angegangen werden, wenn es darum gehen soll "Sicherheit" als wichtiges Gut der modernen Gesellschaft positiv zu beeinflussen. *Richard Ericson (1994)* benennt dazu folgende Bereiche:

- 1) Räumliche Sicherheit im Sinne von sicherer Nachbarschaft, sicherer Wohnumgebung, sicherer Weg zu und von Freizeitveranstaltungen, zum Einkaufen etc.,
- 2) Sicherheit der Umwelt im Sinne von Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen (z.B. Luftverschmutzung), vor ungesunden und unsicheren Produkten, denen man auch im Rahmen des internationalen Warenverkehrs ausgesetzt ist (Bsp.: Bestrahlte oder genmanipulierte Lebensmittel, BSE-Fleisch),
- 3) Sicherheit der eigenen Lebensgestaltung im Sinne von Sicherheit des eigenen Einkommens und der Art und Weise, wie man lebt; hierzu gehört auch die staatliche Absicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pensionierung oder andere Wohlfahrtsrisiken.
- 4) Sicherheit der kulturellen und persönlichen Identität im Sinne von Gewährleistung kultureller, ethnischer, regionaler und anderer Besonderheiten, die für die Gestaltung des Lebens dieser Bevölkerungsgruppen von besonderer Bedeutung sind.

Sicherheit hat somit verschiedene Facetten und ist das Ergebnis von Bemühungen verschiedenster Institutionen - auch, aber nicht nur der Polizei. Hier muß angesetzt werden, wenn Effektivität und Effizienz polizeilicher Arbeit verbessert werden sollen. Dabei darf nicht verkannt werden, daß das subjektive Sicherheitsgefühl ein wesentlicher, möglicherweise sogar der wesentlichste Bestandteil dessen ist, was als "Lebensqualität" in postmodernen Zeiten gehandelt wird. Ein angenehmes Lebensumfeld trägt zu dieser Lebensqualität ebenso bei wie befriedigende (und angemessen bezahlte) Arbeit und persönliche Zufriedenheit - gleich ob man die postmoderne Gesellschaft und den Zivilisationsprozeß als Mythos oder als Realität sieht. Ein besonders wichtiger Faktor ist dabei die Einschätzung, daß man ohne Furcht vor Straftaten wohnt und lebt und ohne Angst die öffentlichen Straßen und Plätze benutzen kann. Die Aufgabe der Polizei ist dabei zweigeteilt: Einerseits muß sie subjektiv empfundene Verbrechensfurcht abbauen (helfen), wo sie objektiv unberechtigt ist; andererseits muß sie dort, wo tatsächlich Problemzonen bestehen, auf eine Änderung der realen Gegebenheiten hinwirken und dabei mit anderen Institutionen im Gemeinwesen zusammenwirken.

Verbrechensfurcht: Die Furcht vor dem Unbekannten Die Furcht vor dem Unbekannten Die Furcht vor dem Unbekannten

Ungeachtet der Tatsache, daß persönliche Befürchtungen, selbst Opfer von Diebstahl, Körperverletzung, Raub oder sexueller Belästigung und Vergewaltigung zu werden, im Durchschnitt eher selten auftreten (*Bilsky 1996*; Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg 1996 und 1997/98; R+V-Studie 1996 und 1997) wird in der öffentlichen Diskussion eine zunehmende Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung fast schon beschworen. Es vergeht kaum eine Talkshow, in der nicht die neue Angst des Bürgers vor der Gewalt der Straße eindringlich diskutiert wird (und die Polizei zunehmend in die Rolle des bösen Buben gerät, die die individuelle Sicherheit nicht mehr herstellen kann).

Offensichtlich ist aber die Furcht vor Kriminalität für das Gros der Bundesbürger von eher untergeordneter Bedeutung, ein kleiner Personenkreis fühlt sich aber durch "Kriminalität" in starkem Maße bedroht und in seiner Lebensqualität eingeschränkt. Dies sind (bekanntermaßen) ältere, zunehmend aber auch jüngere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Dabei zeigen auch unabhängige Studien wie z.B. die der R+V-Versicherung, daß für den Bürger gänzlich andere Dinge bedeutsam sind (vgl. *Abbildung 1*).

Dabei wird die Mehrzahl der Taten gegen Jugendliche von Personen der gleichen Altersgruppe, also ebenfalls von Jugendlichen begangen. Nach der von der *Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1996 und 1997/98)* durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung in drei baden-württembergischen Städten zeigte sich, daß junge Menschen wesentlich häufiger als andere Altersgruppen davon berichten, Opfer einer Straftat geworden zu sein.

Auf der anderen Seite ergab diese Studie auch, daß die Verbrechensfurcht dieser Altersgruppe besonders ausgeprägt ist (*Heinz 1997*). Berücksichtigt man die Tatsache, daß Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren auch selbst als Straftäter am häufigsten in Erscheinung treten, dann wird die Identität von Täter und Opfer deutlich. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Ergebnis, daß Jugendliche und ältere Menschen am häufigsten für mehr Polizeistreifen in ihrem Wohngebiet votieren. Die relativ hohe Furchtausprägung gerade der jüngeren Altersgruppen - hier insbesondere der 14- bis unter 20jährigen Männer und der 14- bis unter 25jährigen Frauen - und eine entsprechende Tendenz zum Vermeideverhalten bei Frauen weist hin auf eine Beeinträchtigung der städtischen Lebensqualität, wie sie als Begleitscheinung des Funktionswandels der Innenstädte (Dominanz der 'Supermarkt- und Schnellimbibé'- Funktion bei Verlust der Wohn- und Kommunikationsfunktion) auch Gemeinden mit reicher historischer Tradition betrifft. Die wahrgenommene Gefährdung durch Kriminalität ist dabei, wie dies die Gewichtung bei den Problemnennungen zeigt, nur ein (und keinesfalls der dominierende) Aspekt der Entwicklung der städtischen Lebensumwelt. Dies belegt die deutliche Dominanz der städtischen Verkehrsproblematik in der Problembewertung der Bürger; angesichts der Größenordnung des Opferrisikos im Straßenverkehr, das erheblich über demjenigen der 'klassischen' Kriminalität liegt, verdienen die (auch von den Bürgern hervorgehobenen) Probleme der Verkehrssicherheit - gerade unter präventiven Gesichtspunkten - dabei durchaus besondere Aufmerksamkeit.

Fast alle der in der o.gen. Studie befragten Bürger meinten übrigens, daß "mehr Polizei auf der Straße" geeignet sei, die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Gleichzeitig setzen die Bürger aber bei der Analyse der Ursachen der Kriminalität andere Schwerpunkte. Hier werden eine verfehlte Sozial-, Wohnungs- oder Arbeitspolitik genannt sowie fehlende Freizeitmöglichkeiten, gleichzeitig wird aber nach der Polizei zur "Beseitigung" dieser Probleme gerufen. Obwohl z.B. 30% der in Ravensburg/Weingarten befragten Bürger nicht wissen, ob ihre nächste Polizeiwache nachts besetzt ist, und ein Viertel noch nie eine Polizeistreife in ihrem Wohngebiet gesehen hat, sind fast 60% dafür, daß Polizisten in ihrem Wohngebiet häufiger Streife gehen sollten. Dieses Ergebnis ist auch deshalb paradox, weil wir aus dieser wie aus anderen Studien wissen, daß sich die Bürger in ihrem eigenen Wohngebiet in der Regel sicher fühlen und sich in anderen Bereichen der Stadt (zumeist innerstädtischen Bereichen) deutlich mehr fürchten.

Als Gründe für die (von über 70%) angenommene Zunahme der Kriminalität werden vornehmlich die (Jugend-)Arbeitslosigkeit, die ökonomische und soziale Entwicklung, ein unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot (vor allem für junge Menschen) u.a.m. genannt - nur 4% der Nennungen (hier in Ravensburg/Weingarten) sehen in "zu wenig Polizei" die Ursachen für eine (angenommene) ungünstige Kriminalitätsentwicklung.

Auf der anderen Seite glauben 28% der Befragten, daß durch polizeiliche Kontrolltätigkeit die

Kriminalität in der Stadt verhindert werden könnte. Damit wird folgendes Dilemma deutlich: Von den Bürgern werden als Ursachen für die (vermutete) Zunahme von Kriminalität vor allem ökonomische, soziale und (infra)strukturelle Ursachen genannt, während zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme am häufigsten der Ausbau der polizeilichen Präsenz vorgeschlagen wird. Wenn man so will, haben die Bürger die gebetsmühlenartig vorgetragene Forderungen internalisiert, wonach mehr Polizei und härtere Strafen (alle) Kriminalitätsprobleme lösen können, obwohl ihre eigene Analyse der Situation in ganz andere Richtungen weist.

In gewisser Hinsicht vergleichbare Tendenzen zeichnen sich bei aktuellen Befragungen in den USA ab, die dort als "Fragmentierung der Gesellschaft" interpretiert werden. Nach einer im Januar 1997 veröffentlichten Befragung ("State of the Union", USA TODAY 20, 1, 1997, S. 1f., 5a) ist die Mehrzahl der Befragten zufrieden mit ihrem eigenen Leben und glaubt, daß sich ihre persönliche Zukunft und die Ihrer Kinder eher positiv gestalten wird, während die Entwicklung des Staates und die der Kinder allgemein eher skeptisch beurteilt wird. Gleichzeitig glaubt die Mehrzahl, daß die Kriminalität weiter wachsen und im Jahr 2000 höher sein wird als jetzt - obwohl die veröffentlichten Zahlen in den letzten drei bis fünf Jahren rückläufig gewesen sind. Im Ergebnis kann dieses Paradoxon dazu führen, daß sich die Bürger nur noch um ihre eigenen Belange kümmern (auf die sie, wie sie glauben, Einfluß nehmen können) und sich gegen allgemeingesellschaftliche Veränderungen (z.B. im Erziehungs- oder Sozialbereich) wehren, wenn diese für sie persönlich negative (z.B. auch finanzielle) Auswirkungen haben.

Diesen strukturellen Egoismus einer fragmentierten Gesellschaft muß man als Bedrohung demokratischer Strukturen ansehen, weil Demokratie vom Miteinander und Füreinander lebt. Der Rückzug in die Individualität, begleitet von dem Motto "Nach mir die Sintflut", wird mittelfristig zur Erosion selbst bislang stabiler Demokratien führen. Ohne die Wiederbelebung der Nachbarschaften gerade in strukturell problematischen und kriminalitätsbelasteten Gebieten und ohne viel (ehrenamtliche) Sozialarbeit wäre der Kriminalitätsrückgang in den USA nicht möglich gewesen. Straßen der Hoffnung ("Streets of Hope", Medoff/Sklar 1994) und wie man sie verwirklicht, wurden schon lange vor dem "Bratton-Wunder" in den USA diskutiert. Beispiele, wie Nachbarschaftsinitiativen, Sozial- und Jugendeinrichtungen sowie die Polizei (bzw. zumeist gemeinsam) Kriminalitätsschwerpunkte entschärfen, gibt es auch bei uns. So gelang es in Berlin in Nordschöneberg auf diese Weise, die Straßenkriminalität zwischen 1992 und 1994 um die Hälfte auf das Niveau der Vorwendezeit zu reduzieren (s. den Beitrag von Seidel-Pielen in diesem Band). "Kommunitarismus" wird diese Entwicklung in der Soziologie genannt, und die Kommunale Kriminalprävention, richtig verstanden, könnte auch hierzulande ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Eine weitere Tatsache ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu berücksichtigen: Die von der Polizei registrierten Straftaten stellen nur einen (unterschiedlich kleinen) Teil der tatsächlich begangenen bzw. bekanntgewordenen Taten dar. Mit Hilfe von Opferbefragungen wird im Ausland seit ca. 20 Jahren, in Deutschland sei fünf bis sechs Jahren versucht, das sogenannte *Dunkelfeld* aufzuhellen und den Anteil der angezeigten an den insgesamt begangenen Straftaten festzustellen. Aus der 1995 von uns durchgeführten Befragung von mehr als 20 000 Bundesbürgern (alte und neue Bundesländer) lassen sich die in der *Tabelle 1* näher aufgeführten Relationen errechnen. Danach kommen auf ein polizeilich registriertes Delikt bis zu 20 weitere, die nicht der Polizei gemeldet werden. Verfolgt man diesen Aspekt der Ausfilterung von Straftaten im und durch das Strafjustizsystem weiter, dann erkennt man, daß nur ein verschwindend kleiner Bruchteil von Straftaten tatsächlich durch die Justiz in Form einer Geld- oder Freiheitsstrafe sanktioniert wird. *Schwind* hat dies anhand der folgenden Berechnung deutlich gemacht: Von 100 Diebstahlsdelikten (•• 242-244 StGB) werden etwa 25 entdeckt

und sieben aufgeklärt. Von 100 als tatverdächtig ermittelten Personen werden 26 verurteilt; oder anders formuliert: auf 100 entdeckte und unentdeckte Diebstahlsdelikte kommen 1,2 Verurteilungen (*Schwind 1997*).

Repression vs. Prävention?

Der Glaube an die Wirkung repressiver Maßnahmen ist ungebrochen und kann auch von empirischen Ergebnissen kaum erschüttert werden. Warum dies so ist, kann an dieser Stelle nicht thematisiert werden. Zumindest sollte aber akzeptiert werden, daß repressive Maßnahmen *alleine* keinesfalls den gewünschten Erfolg bringen können und daß hier bei einer Diskussion die "Risiken und Nebenwirkungen" ebenfalls einzubeziehen sind. Prävention kombiniert mit repressiven Elementen dort, wo sie unmittelbar und sofort bemerkt werden, scheint eine mögliche Lösung zu sein, die sich auch anhand neuerer empirischer Befunde ableiten läßt. Eine räumliche und deliktische Verdrängung bei solchen repressiven Maßnahmen ist aber offensichtlich. Der Rückgang der Gewaltverbrechen in den USA in den letzten Jahren dürfte auf die Kombination von polizeilicher und sozialer Arbeit zurückzuführen sein. Zudem ist der Rückgang (z.B. nach der Auffassung von *Albert Blumstein 1996*) eher eine Folge von Veränderungen im Drogenmarkt sowie in der lokalen Polizeiarbeit, der lokalen Kultur und von Faktoren in den Gemeinden als eine Folge von überregionalen, bundespolitischen Entscheidungen (kritisch und zu anderen Faktoren die Beiträge von *Hess, Travis und Gramckow* in diesem Band).

Auch die Erfahrungen, die man in Chicago gemacht hat, deuten in die Richtung, daß nicht das aggressive Vorgehen der Polizei, sondern deren Motivation und Zusammenarbeit mit den Bürgern der entscheidende Faktor ist. Dort hat die Entwicklung des community based policing (nach anfänglichen Widerständen in der Polizei) dazu geführt, daß deutliche Kriminalitätsveränderungen vor allem in bislang hochbelasteten Stadtvierteln stattfinden. Dort geht die Polizei aber nicht aggressiv gegen die Bewohner vor, sondern die Behörden werden alarmiert und angegangen, um die Verwahrlosungen im öffentlichen Raum zu beseitigen. Die Bürger werden in ständigen Stadtteilversammlungen in die Neuordnung einbezogen und engagieren sich (*Skogan et al. 1996, 1996 a, 1997*).

Konsequent weitergedacht bedeutet dies, daß mit Gesetzesänderungen (vor allem Verschärfungen) kein Einfluß auf die Kriminalitätsentwicklung genommen werden kann, daß aber regionale Maßnahmen vor Ort im Verbund von Prävention, Repression und Therapie sehr wohl Erfolg versprechen. Vergleichbare Konzepte der Kombination von Prävention und Repression bei Anti-Drogen-Strategien wurden bereits vor einiger Zeit für Frankfurt, Stuttgart und - neuerdings und dort auch mit empirisch nachweisbaren Erfolgen - für Osnabrück berichtet (*Hunsicker 1997*). Allerdings ist dies eine durchaus nicht einfache Gratwanderung, die genauer Beobachtung und kritischer Reflexion bedarf (vgl. dazu die kritischen Bemerkungen von *Burghard* zu dem Hunsicker-Artikel, *Kriminalistik 1997*, S. 235). Jüngste Erfahrungen in Stuttgart zeigen nämlich, daß eine (im polizeilichen Sinn konsequente) Repression im Bereich der Straßen-/Drogenkriminalität auch mit massiven Zuwächsen in der polizeilich registrierten Kriminalität und mit räumlichen und deliktischen Verlagerungen verbunden sein kann.

In den USA wurden schon seit längerem Konzepte entwickelt, die außerdem auch eine Ein- und Zuordnung der Kriminalitätsbekämpfung (und nicht nur der Drogenbekämpfung) in eine allgemeine Gesundheitspolitik vorsehen. Dies bedeutet, daß man sich von einer individuellen Schulzuschreibung abweichenden Verhaltens verabschiedet, ohne die persönliche Verantwortlichkeit z.B. auch für zukünftige Entwicklungen zu verneinen. Statt dessen wird versucht, sich dem Problem mit an sozialmedizinischen Ansätzen orientierten präventiven Maßnahmen zuzuwenden. Dies entspricht auch der Einschätzung, wonach Kriminalität als eine der typischen und immanenten Risiken unserer Gesellschaft gesehen werden muß und Polizeiarbeit

dementsprechend sich an diesen Kriterien einer Risikogesellschaft zu orientieren hat (*Ericson/Haggerty 1997*) - was sie im übrigen in weiten Bereichen bereits tut, wie *Richard Ericson* ebenfalls aufzeigt (*Ericson/Haggerty/Carriere 1993; Ericson 1994; Ericson/Haggerty 1997*). Erste Überlegungen für den bundesdeutschen Bereich sind hier zuletzt von *Sielaff* (1997) an gestellt worden.

Alltag und Eigentumskriminalität

Eigentumsdelikte spielen für die alltägliche Kriminalität eine große Rolle. Ein Blick auf diese Kriminalität erlaubt aber immer auch einen Blick auf den kriminellen Alltag, d.h. auf einen Alltag, für dessen Bewältigung delinquentes Verhalten oft die einzige Ressource ist (*Blasius 1978*). Dies ist nicht eng im Sinne einer finanziellen Ressource zu sehen, wie dies neuerdings z.B. von *Pfeiffer* im Zusammenhang mit der sogenannten „Armutskriminalität“ getan wird (*Pfeiffer 1995 und 1996*). Delinquentes (und damit auch als solches ggf. erst definiertes) Verhalten kann auch im nichtmateriellen Sinne die einzige Ressource zur Alltagsbewältigung sein. Michel Foucault hatte dafür den Begriff der „volkstümlichen Gesetzeswidrigkeiten“ geprägt (*Foucault 1976*).

Wenn man sich z.B. das zentrale Massendelikt des 19. Jahrhunderts genauer ansieht, dann stellt man fest, daß der Holzdiebstahl mehr war als nur ein Notdelikt, auch wenn diese Interpretation nahe lag und liegt. Die Tatsache, daß Karl Marx über ihn mit Fragen der politischen Ökonomie in Berührung kam, ist kein Zufall (*Linebaugh 1976*). Man geht für das Jahr 1865 von einer Absolutzahl von über 370.000 solcher Delikte und damit von mehr als 2.000 Delikten je 100.000 Einwohner aus (zu den Quellen *Blasius 1978*). Umgerechnet auf die deutsche Wohnbevölkerung von 1996 ergäbe dies etwa 2 Mio. aufgedeckte Straftaten. Ein wahrhaftes "Massendelikt", das nachweislich eindeutige politische Hintergründe hatte und das dazu führte, daß eine breite Bevölkerungsschicht in die Mühlen der Strafrechtspflege geriet. Bereits damals hat übrigens der Direktor des Preußischen Staatlichen Büros davor gewarnt, aus den Statistiken zu weitgehende Schlüsse auf "Sittlichkeit und Bildung" des Volkes zu ziehen. Er machte darauf aufmerksam, daß die Relation zwischen der "Anzahl der begangenen und der zur Untersuchung gekommenen Verbrechen und Vergehen" sich verschoben haben könnte (Nachweis bei *Blasius 1978*). Ähnliches könnte auch in den letzten Jahren bei uns der Fall gewesen sein. Für die USA liegen zwei neuere Studien vor, nach denen es deutliche empirische Zusammenhänge zwischen dem Anstieg der polizeilich registrierten Taten und Täter und der ökonomischen Entwicklung in der Gesellschaft (*Barlow/Barlow /Johnson 1996*) sowie zwischen einem (polizeilich registrierten) Kriminalitätsanstieg und dem (technischen und personellen) Ausbau der Polizei gibt (*O'Brien 1996*).

Alltag und Gewalt

In unserem Alltag werden wir mit verschiedensten Formen von Gewalt konfrontiert: Mit offener und verdeckter Gewalt, mit struktureller Gewalt, mit psychischer und physischer Gewalt. Eine einseitige Beschäftigung mit der strafrechtlich relevanten bzw. der polizeilich registrierten Gewalt grenzt wesentliche andere Gewaltbereiche aus. So ist durchaus fraglich, ob und wie die körperliche Gewalt, die z.B. anlässlich einer Prügelei zwischen Jugendlichen ausgetauscht wird, von den Folgen und der Bedeutung einer psychischen Gewaltausübung zu unterscheiden ist. Gewalt als polizeiliches Problem stellt sich im Alltag als Gewalt auf Straßen und Plätzen, vor allem aber als Gewalt in der Familie dar. Eine Auswertung der Notrufe und Funkstreifenwageneinsätze bei der Stuttgarter Polizei konnte nachweisen, daß drei von vier schutzpolizeilichen Streifenwageneinsätzen in Verbindung mit "Gewalt" sich im häuslichen Bereich abspielen (*Feltes 1996*). Es gibt kaum einen anderen Bereich gewalttätigen Verhaltens, der im selben Maße öffentlich geleugnet und ausgegrenzt wird, wie die Gewalt in den

oder besser gesagt hinter den eigenen vier Wänden. Gewalt in der Familie ist die am **häufigsten auftretende Form interpersoneller Gewalt in der Gesellschaft**. Sie ist häufiger als alle anderen Formen von Gewalt gegen Personen zusammen. Dies gilt selbst dann, wenn man auf die der Polizei zur Kenntnis gebrachten und in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten Taten abstellt und das erhebliche Dunkelfeld außer acht läßt.

Nach einer akuten Studie des amerikanischen Justizministeriums (*Miller/Cohen/ Wiersema 1996*) verursacht Gewalt gegen Kinder 20 Prozent der direkten und 35 Prozent der indirekten Kosten, die die Gesellschaft nach personenbezogenen Straftaten (also ohne Wirtschafts-, Umwelt- u.ä. Straftaten) zu tragen hat. Allein durch Kindesmißhandlung entstehen dort jährliche Kosten in Höhe von 56 Milliarden US-\$. Demgegenüber erscheinen die Kosten durch Einbruch (neun Mrd. US-\$) oder durch Raub (elf Mrd. US-\$) als marginal.

Auf der anderen Seite wird die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Gewalttat außerhalb der eigenen vier Wände zu werden, häufig überschätzt. So ist zum Beispiel in Stuttgart das Risiko, Opfer eines Straßenraubes zu werden, zehnmal kleiner als das Risiko, bei einem Verkehrsunfall zu Schaden zu kommen (*Feltes 1996*).

Dabei gibt es nach wie vor keine Lösung für die Frage, welche Form polizeilicher Intervention bei Gewalt in der Familie die Richtige ist (zuletzt *Davis/Taylor 1997 m.w.N.*). Allerdings beginnt man zu erkennen, daß sich zunehmend Community Policing (oder - unvollständig übersetzt - bürgernahe Polizeiarbeit) als die einzige Form von Polizeiarbeit herauskristallisiert, mit der ebenso die Qualität polizeilicher Arbeit, das Verhältnis zum Bürger und die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert werden kann (*Feltes/Rebscher 1990; Dölling/Feltes 1993; Ericson/Haggerty/ Carriere 1993; Eck/Rosenbaum 1994; Feltes 1995*). Unmittelbares Engagement der Polizei für die Probleme der Bürger und unmittelbarer Kontakt mit Ihnen, flexible und gemeinsam gefundene Antworten auf die Herausforderungen der lokalen Gefährdung der inneren Sicherheit, ein neues Verständnis von Polizei"führung" - dies alles verbirgt sich hinter dieser neuen Polizeiphilosophie, die weit mehr ist als eine neue Technik zur Problembewältigung oder Mitarbeiterführung (*Feltes/Gramckow 1994*).

Der neuerdings von New York ausgehende und hierzulande mit offenen Armen aufgenommene Versuch, die "Broken Windows"-Theorie von *Willson* und *Kelling* (*Willson/Kelling 1996/1982; Kelling 1996* auch auf deutsche Verhältnisse zu übertragen (s. den Leitartikel "Aufräumen wie in New York?", *Der Spiegel* Nr. 28 vom 7. Juli 1997; hieraus sind auch die folgenden Zitate entnommen) muß scheitern. Statt von New York lernen oder gar wie dort "aufräumen" zu wollen, sollte besser versucht werden zu reflektieren, wieso gerade dieser Ansatz so plötzlich und so durchgreifend Zustimmung in Deutschland zu finden scheint. Weniger publicity-trächtige Projekte selbst in New York (wie z.B. die dort bereits vor Jahren aufgebauten Community Courts in Manhattan oder Brooklyn, in denen Polizei, Justiz und Soziale Dienste in einem Haus zusammensitzen und -arbeiten; s. dazu aber jetzt den Beitrag von *Haas* in diesem Band) werden nicht wahrgenommen; alles pilgert nach New York, um dem "berühmtesten Polizisten der Welt" (*Spiegel*) zu lauschen. Bereits vor rund einem Jahr schrieb mir einer der bekanntesten amerikanischen Community-Policing Forscher, *Wesley Skogan*: "The Germans are Coming!". Die Deutschen kommen!

Plötzlich wird ein Land interessant, dessen vielfältige und einfallsreiche andere kriminologische und kriminalpolitische Experimente und Ergebnisse man in den letzten Jahrzehnten nicht wahrgenommen hat - nicht wahrnehmen wollte, weil sie hierzulande Überkommenes in Frage gestellt hätten. Nunmehr scheint eine (eigentlich gar nicht neue) Form von Polizeiführung und ein Verständnis von Polizeiarbeit zu reizen, und an kann oder will dabei die Schattenseiten dieser Polizeipolitik nicht wahrnehmen. Statt dessen bewundert man einen Polizeichef, der mit eisernem Besen regiert und schon mal hinter dem zum "Grilling"geladenen und vortragenden Distriktchef ein Pinocchio-Bild auf den Overhead-Projektor auflegt, wenn dieser es seiner Meinung nach nicht so genau mit der Wahrheit hält. Deutsche Polizisten düsen mit Steuergeldern nach New York, um dort einen mittelalterlich anmutenden Führungsstil zu bewundern und stehen ehrfurchtsvoll vor einem Polizeichef, der mit zweifelhaften Statistiken und einer weltweit einmaligen Medienkampagne versucht, sich in die Öffentlichkeit zu bringen (was Safirs Vorgänger Bratton den Job gekostet hat, weil er dem New Yorker Bürgermeister zu sehr die Show stahl).

Bewunderung ("Es ist toll, was die das machen") und Nachahmungstrieb ("Warum machen wir das nicht auch?") bei Polizeiführern, Bestätigung bislang mehr oder weniger deutlich versteckter reaktionärer Sicherheitsphilosophen auch bei angeblich progressiven Politikern: "Nun muß man mal die harte Seite der Zunge anziehen". Übersehen wird, daß der Guru Bratton im "Lourdes der Polizeiarbeit" (TIME) sich nicht nur einen Dreck darum kümmert, was in den Regionen außerhalb von New York passiert, wo er zu mindest einen Teil seiner Kriminalität hin verdrängt (er hat es sogar ausdrücklich abgelehnt, mit den an New York angrenzenden Distrikten zusammenzuarbeiten). Wahrgenommen wird auch nicht, was Bratton noch verkündet: Verbrecherjagd sei der Job von gestern. Dies sagt einer, der in einem Staat lebt, der (wie es ein kriminologischer Kollege von dort neulich formulierte) in den letzten Jahrzehnten mindestens drei Kriege verloren hat: Den Vietnam-Krieg, den "War on Drugs" und zuletzt auch den "War on Crime", der von Reagan ausgerufen und von Clinton übernommen worden war. Niemand scheint tatsächlich zu reflektieren, warum diese Kriege gegen die Drogen und gegen die Kriminalität verloren gegangen sind (so z.B. trotz - oder wegen? - des "war on drugs" in den USA der Straßenpreis für Kokain weiter gefallen, der Umsatz gestiegen und die Zahl der Inhaftierten in die Höhe geschneilt, mit dem Ergebnis, daß inzwischen fast 60 Prozent der Gefangenen wegen eines Drogendelikttes hinter Gittern sitzen). Die Leiden daran werden ebenso wie die Leiden am verlorenen Vietnamkrieg durch Stärke sublimiert.

"Jahrzehntelang, lehrt Bratton, habe die Polizei ihre Zeit damit verplempert, auf Notrufe zu warten und dann in dicken Autos mit Blaulicht und Sirene durch die Stadt zum Tatort zu rasen, um dort einen bestimmt nicht zu treffen: den Täter. Die anderen Polizisten hätten sich damit aufgehalten, mit ihren Autos auf Streife durch die Viertel zu fahren, obwohl doch jeder wisse, daß das nichts bringe. Der Rest habe sich in Investigation geübt, einem intelligenten Zeitvertreib zur Aufklärung längst geschehener Verbrechen" (*Der Spiegel*, a.a.O., S. 51). Warum die als präventiv verkauften repressiven Maßnahmen Brattons Bewunderung finden, diese eigentlich gelungene Analyse hingegen besser nicht ernsthaft wahrgenommen wird, können nur die beantworten, die Polizeipolitik betreiben: Politiker, Polizeiführer und Polizeigewerkschaften.

Statt dessen erwägt oder fordert man (bei uns!) die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters auf zwölf Jahre, die Wiedereinführung geschlossener Heime, nächtliche Ausgangssperren, Privatisierung von innerstädtischen Straßen und Plätzen um ein "gutes Konsumklima" herzustellen, und demnächst möglicherweise auch die Wiedereinführung der Prügelstrafe oder "Bootcamps" im Hunsrück nach amerikanischen und englischem Muster. Wenn alles nichts hilft, so könnte man meinen, will man wenigstens den Eindruck erwecken, stark zu sein: Kriminalpolitik in Wild-West-Manier. In welche Richtung dies insgesamt geht, zeigt das ameri-

kanische Beispiel, wo inzwischen zehnmal mehr Geld für die Industrie der Kriminalitätsbekämpfung ausgegeben wird als für die Unterstützung benachteiligter Bürger (*Miller 1996*). In einer Entwicklung vom wohltätigen zum strafenden Staat hat sich dort die Häftlingszahl zwischen 1970 und 1991 mehr als verdreifacht, danach (zwischen 1991 und 1996) noch einmal verdoppelt. 1996 waren in den USA - zu einem beliebigen Zeitpunkt - mehr als 1,74 Millionen Menschen hinter Gittern. Die vorhandenen bzw. übriggebliebenen sozialen Dienste werden systematisch in Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der neuen "gefährlichen Klassen" umgewandelt (*Wacquant 1997*). Die Gefangenenrate der Afro-Amerikaner ist mit 1895 auf 100.000 mehr als zwanzig Mal höher als im europäischen Durchschnitt (*Tonry 1995*). Selbst die ehemalige UDSSR dürfte eine solche Rate nie erreicht haben.

In vielen amerikanischen Städten und Regionen ist inzwischen die Gefängnisverwaltung zur einzigen Begegnungsstätte zwischen farbigen Jugendlichen und dem Staat geworden. So sind in Kalifornien 40 Prozent und in Baltimore 56 Prozent der 18- bis 35jährigen Schwarzen entweder im Gefängnis oder unter strafrechtlicher Kontrolle (*Miller 1996*).

Bei der (eigentlich richtigen) Einsicht, daß soziales Klima und innere Sicherheit "irgendwie" (Spiegel) zusammenhängen, wird soziales Klima verkürzt auf saubere Straßen und U-Bahnen; daß soziales Klima vielleicht auch etwas mit Mitmenschlichkeit, Kommunikation und Miteinander zu tun hat, wird geflissentlich übersehen. So etwas kann man ja nicht anordnen, sondern müßte es selbst vorleben - in Politik und Gesellschaft. Das Beispiel USA zeigt uns was passiert, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, benachteiligte Gruppen in die Gesellschaft zu integrieren (die Überlegung, welche ethnische Gruppe bei uns die Rolle der Schwarzen in den USA übernimmt, überlasse ich dem Leser). Die "Kriminalisierung des Elends" und der "Vormarsch des strafenden Staates" (*Wacquant 1997*) ist nicht nur ein extrem teures Unterfangen, es bleibt dabei auch mehr auf der Strecke als an kurzfristigen, populistischen Erfolgen interessierte Politiker realisieren können oder wollen.

Wenn selbst liberale Juristen wie der Verfassungsrichter *Dieter Grimm* von einem "Prioritätenwechsel" sprechen, der darin besteht, daß künftig "das Gewicht stärker auf Sicherheit als auf Freiheit" gelegt werde (zitiert nach "*Der Spiegel* a.a.O., S. 57), dann sollte man dies offen sagen und die (weitere) Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten durch solche und andere Maßnahmen nicht dadurch kaschieren, daß man von unabdingbarer Notwendigkeit (zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Internationalen Kriminalität, der...) spricht. Wer Hinweisschilder wie: "Ich bin ein Kinderschänder" an Wohnungen und Autos entsprechend Verurteilter will, oder eine allgemein zugängliche CD-ROM, auf der Sexualstraftäter mit Daten und Fotos und Vorstrafen der letzten 40 Jahre erfaßt sind (beides gibt es bereits in den USA), der sollte dies offen sagen. Vielleicht beginnt dann auch bei uns eine Diskussion, ob es für unseren Staat möglicherweise mehr zu verlieren gibt als eine wie auch immer definierte "Innere Sicherheit" und vielleicht beginnt die Diskussion früher als in den USA, die sich schon jeher mit Bürgerrechten schwer getan haben.

Richtig ist sicher, daß sich nicht nur bei uns der Sozialtransfer in Milliardenhöhe als ungeeignet erweist, soziale Spannungen zu beheben oder das soziale Klima zu verbessern. Aber warum glaubt man, daß man in kapitalistischer Manier alle Probleme mit Geld lösen kann? Warum hinterfragt man nicht, warum dieses "Geld auf ein Problem werfen" (*Throwing Money on a problem*), heißt das in den USA) spätestens dann nicht mehr hilft, wenn das Geld nicht ausreicht, um den großen Haufen der Probleme zu bedecken? Wer von "Werteverlust" redet, gleichzeitig aber daran glaubt, daß man durch Härte junge Menschen zu einem bestimmten Verhalten erziehen kann, der könnte doch im Umkehrschluß auch diese Werte vorleben, um dadurch Erfolg zu haben. Nicht nur in den USA, sondern auch bei uns gehen die Kriminalitätsraten bei Erwachsenen im allgemeinen zurück, für Jugendliche und sogar Kinder steigen sie z.T. kräftig an. In den USA haben die 14- bis 17jährigen mittlerweile schon die 18- bis

24jährigen als Gruppe mit der höchsten Kriminalitätsbelastung abgelöst (*Hess 1996*). Gerade bei dieser Altersgruppe sind aber Zweifel angebracht, ob man mit repressiver Prävention Verhalten auf Dauer positiv beeinflussen kann.

Ein weiteres Problem scheint vielen Kritikern ebenfalls nicht bewußt zu sein: Wer ständig und offensiv Zweifel an der Funktionsweise unseres Strafjustizsystems äußert, gleichzeitig aber verlangt, daß die Polizeibeamten sich im Alltag engagieren, der begünstigt einen latenten Zynismus, der ohnehin dadurch vorhanden ist, daß man ständig mit Abweichung und Elend konfrontiert ist und das Gefühl hat, ein Polizeisysiphus zu sein. Gerade Polizeibeamte in kriminalitätsbelasteten Gebieten zeigen nach einer neueren Studie (*Klinger 1997*) ein hohes Maß an Zynismus und glauben, daß die Kriminalitätsraten hoch bleiben, egal was sie tun. Zunehmender Zynismus hat aber nicht nur negative Auswirkungen auf das Binnenklima einer Dienstleistungsreinrichtung, er führt auch dazu, daß der Job und seine Aufgaben nicht mehr ernst genommen werden - und dies wünscht sich wohl derjenige am wenigsten, der diese Kritik an unserer Strafjustiz übt.

Was bleibt ist die Hoffnung, daß die deutsche Polizei gemeinsam mit ihrer Führung und den zuständigen Politikern die Stufe der polizeilichen Kompetenz erreicht, die *Richard Ericson* als (vorerst) letzte Stufe in der Entwicklung der Polizeiphilosophien sieht: Nach dem an Befehl und Gehorsam orientierten Militarismus der Nachkriegszeit, dem am Glauben an die Macht der Gesetze verhafteten Legalismus und der durch ständige Verbesserungen in Technik und Ausbildung geprägten Professionalismus sieht *Ericson* einen neuen Kommunitarismus in der Polizeiarbeit, eine Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Polizei zum Wohl des Gemeinwesens - allerdings ohne Ausgrenzung ganzer Gruppen unliebsamer Mitbürger (*Ericson/Haggerty 1997*). Ob dies gelingen kann, wird entscheidend auch davon abhängen, wie sich die Polizei selbst in diese Diskussion einbringt und ob es ihr endlich gelingt, ihre eigene Profession als solche zu erkennen und ihren Ausbildungsstätten den angemessenen wissenschaftlichen Charakter zu verleihen.

Ende der 30er Jahre begann eine Gruppe von Studenten an der University of California in Berkeley/USA mit ihrem akademischen Lehrer *August Vollmer* über Polizeiausbildung zu diskutieren (*Adler 1997*). Die Diskussionen wurden fortgeführt, als aus den Studenten anschließend Dozenten für Polizeiwissenschaft wurden und resultierten im Dezember 1941 in der Gründung der "National Association of College Police Training Officials". Aus dieser, von acht Polizeidozenten gegründeten Vereinigung ging dann die "American Society of Criminology" hervor - heute mit fast 3.000 Mitgliedern die größte Vereinigung von Kriminologen weltweit - wobei per definitionem Polizeibeamte dort als Kriminologen gesehen werden und (zumindest in den Führungspositionen) auch ein entsprechendes Studium aufweisen.

Aufräumen wie in New York? Bitte nur, wenn wir auch aus den anderen Dingen lernen, die die amerikanische Kriminologie und Polizeiwissenschaft der letzten Jahrzehnte geprägt haben.

Literatur

- Adler, F., The ASC and Women: One Generation Without, One Generation With. In: *TheCriminologist*, Official Newsletter of the American Society of Criminology, 22,3, May/June 1997, S. 1 ff.
- Barlow, D.E., M.H. Barlow, W.W. Johnson, The Politican Economy of Criminal Justice Policy: A Time-Series Analysis of Economic Conditions, Crime, and Federal Criminal Justice Legislation, 1948-1987. In: *Justice Quarterly* 13,2, 1996, S.223 ff.
- Bilsky, W., Die Bedeutung von Furcht vor Kriminalität in Ost und West. In: *MSchrKrim* 1996, S. 357 ff.
- Blasius, D., *Kriminalität und Alltag*, Göttingen 1978
- Blumstein, A., in: *Measuring What Matters, Part One: Measuring of Crime, Fear, and Disorder*, NIJ - Research in Action, Dec. 1996, S. 12
- Davis, R.C., B. G. Taylor, A Proactive Response to Family Violence: The Results of a Randomized Experiment. In: *Criminology* 35, 2, 1997, S. 307 ff.
- Eck, J. E., D. P. Rosenbaum, The New Police Order: Effectiveness, Equity, and Efficiency in Community Policing. In: D. P. Rosenbaum (Hrsg.), *The Challenge of Community Policing: Testing the Promeses*. Thousand Oaks 1994.
- Ericson, R., The division of expert knowledge in policing and security. In: *British Journal of Criminology* 45, 2, 1994, S. 149 ff.
- Ericson, R., K. D. Haggerty, *Policing the Risk Society*, Toronto, Buffalo 1997.
- Ericson, R., K. D. Haggerty, K.D. Carriere, Community Policing as Communications Policing In: Dölling, Th. Feltes (Hrsg.), *Community Policing - Comparative Aspects of Community Oriented Police Work*, Holzkirchen 1993, S. 41 ff.
- Feltes, Th., E. Rebscher (Hrsg.), *Polizei und Bevölkerung. Beiträge zum Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung und zur gemeindebezogenen Polizeiarbeit*, Holzkirchen 1990.
- Feltes, Th., *Bürgernahe Polizeiarbeit - neuer Wein in alten Schläuchen?* In: *Jahrbuch Rechts- und Kriminalsoziologie* 1995, S. 125 ff.
- Feltes, Th., *Alltagshandeln und Polizei*. In: *Neue Praxis* 1995, S. 306 ff.
- Feltes, Th., The Position of the Police Between Calls for Help in Crisis and Criminal Prosecution in the Conflict Field of Family Violence. In: D. Frehsee, W. Horn, K.-D. Bussmann (Eds.), *Family Violence Against Children*, Berlin, New York 1996, S.185-204
- Feltes, Th. H. Gramckow, *Bürgernahe Polizei und kommunale Kriminalprävention*. In: *Neue Kriminalpolitik* 3, 1994, S. 16 ff.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, *Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts "Kommunale Kriminalprävention" in Baden-Württemberg*. In: Th. Trenczek, H. Pfeiffer (Hrsg.), *Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten*, Bonn 1996, S. 118 ff.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention, *Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland*. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 1997/98 (im Erscheinen) Foucault, M., *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt 1978 Heinz, W., *Kriminalprävention auf kommunaler Ebene - Teil 2*. In: *DVJJ-Journal* 2/1997, S. 426 ff.
- Hess, H., New York zieht die Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben. In: *KrimJ* 1996, S.179 ff.
- Hunsicker, E., Das Osnabrücker Anti-Drogen-Paket, In: *Kriminalistik* 4/1997, S. 234 ff.
- Kampmeyer, E., J. Neumeyer (Hrsg.), *Innere Unsicherheit*. München 1993
- Kelling, G. L., *Fixing Broken Windows: Restoring Order and Reducing Crime in Our Cities*, 1996.
- Klinger, D. A., *Negotiating Order in Patrol Work: An Ecological Theory of Police Response to Deviance*. In: *Criminology* 35, 2, 1997, S. 277 ff.
- Medoff, P., H. Sklar, *Streets of Hope The Fall and Rise of an Urban Neighborhood*. Boston 1994.
- Miller, J. G., *Search and Destroy: African-American Males in the Criminal Justice System*. Cambridge 1996.
- Miller, T. R., M. A. Cohen, B. Wiersema, *Victim Costs and Consequences: A New Look*, National Institute of Justice - Research Report, February 1996.
- O'Brien, R.M., *Police Productivity and Crime Rates: 1973-1992*. In: *Criminology* 34, 2, 1996, S. 183 ff.
- Pfeiffer, Ch., *Armut und Jugendkriminalität - Präventionsansätze und neue Wege zu ihrer Finanzierung*. In: *DVJJ-Journal* 6, 1995, S. 285 ff.
- Pfeiffer, Ch., *Steigt die Jugendkriminalität?* In: *DVJJ-Journal* 3, 1996, S. 215 ff.
- Schwind, H.-D., *Kriminologie*; 8. Auflage, 1997
- Sielaff, W., *Masse versus Qualität - Ein Problem kriminalstrategischer Planung?*, in: *Kriminalistik* 7/1997, S. 485 ff.
- Skogan, W., et al.: *Community Policing in Chicago, Year Three, Report by the Chicago Community Policing*

- Evaluation Consortium, Illinois Criminal Justice Information Authority, November 1996.
- Skogan, W., Evaluating Problem Solving: The Chicago Experience. Paper at the International Conference on Problem-Solving Policing as Crime Prevention, Stockholm 10.-14. September 1996 (1996 a).
- Skogan, W., Community Policing, Chicago Style, 1997
- Tonry, M., Malign Neglect: Race, Class and Punishment in America. New York 1995. Wacquant, L. J. D., Vom wohltätigen zum strafenden Staat. In: Neue Kriminalpolitik 2, 1997, S. 16 ff.
- Wacquant, L. J. D., Vom wohltätigen zum strafenden Staat. In: Neue Kriminalpolitik 2, 1997, S. 16 ff.
- Wilson, J. Q., G. L. Kelling, Polizei und Nachbarschaftssicherheit: Zerbrochene Fenster. In: KrimJ 1996, S. 121 ff. (Zuerst erschienen als "The police and neighborhood safety: Broken Windows" in: The Atlantic Monthly, 1982, S. 29 ff.

Tabelle 1:

Opfergefährdungszahl (Opfer auf 100.000 Einwohner der jeweiligen Altersgruppe) 1992 (ca.-Werte); Quelle: PKS 1992

Altersgruppe	gefährliche und schwere Körperverletzung	Raubüberfall auf Straßen und Plätzen
männl., 14-18 Jahre	265	185
männl., 18-21 Jahre	320	115
männl., über 60 Jahre	8	12
weibl., über 60 Jahre	2	6

Tabelle 2: Prävalenzraten² in Deutschland

(N= 20.695; Referenzzeitraum 12 Monate); Ergebnisse der Studie der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention von 1995/96 (Dölling/Feltes/Heinz/Hermann/Kury/ Obergfell-Fuchs/Spieß)

Delikt	Viktimisierungsrate (%)	hochgerechnete Delikte ³	Delikte PKS 1995 (*)	Relation
Kraftfahrzeugdiebstahl	1,3	890.000	201.493 ⁴	1:4,4
Fahrraddiebstahl	5,0	3.400.000	513.872 ⁵	1:6,6
Diebstahl aus oder am KFZ	3,9	2.650.000	906.735 ⁶	1:2,9
Beschädigung an KFZ	7,3	4.970.000	249.709	1:19,9
Sachbeschädigung	3,1	2.110.000	604.617	1:3,5
Einbruch in die Wohnung (*)	2,1	1.430.000	255.810 ⁷	1:5,6
Raub (*)	1,4	950.000	63.470	1:15,0
Diebstahl persönl. Eigentums	4,2	2.860.000	2.231.981 ⁸	1:1,3
Tätlicher Angriff, Drohung	2,8	1.910.000	430.952 ⁹	1:4,4
Vergewaltigung, sex.Angriff(*)	0,6	410.000	47.108 ¹⁰	1:8,7
Betrug	5,9	4.020.000	623.182	1:6,5
Alle Straftaten (* incl. Versuchs	22,7	15.450.000	6.668.717	1:2,3

² Opfer von mindestens einer der folgenden Straftaten: Diebstahl KFZ, Fahrraddiebstahl, Diebstahl von Teilen aus oder vom Auto, Beschädigung des KFZ, Sachbeschädigung, Einbruch in die Wohnung, Raub, Diebstahl persönl. Eigentums, tätlicher Angriff oder Drohung, sexueller Angriff, Betrug.

³ Zugrunde gelegt wurde die Wohnbevölkerung über 15 Jahre in Deutschland im Jahr 1993.

⁴ PKS-Gruppe 3**1

⁵ PKS-Gruppe 3**3

⁶ PKS-Gruppe 350*

⁷ Diebstahl in/aus Wohnräumen PKS-Gruppe *35*

⁸ PKS-Gruppen ***1, ***2, ***3, ***5, ***8, *35*, *40*, *50*, *550. *90*

⁹ PKS-Gruppen 2200, 2320

¹⁰ PKS-Gruppe 1000

Tabelle 3: Bedeutung der Probleme in der Gemeinde

Frage 114: Welches sind ihrer Ansicht nach die drei dringendsten Probleme der Gemeinde?; Verteilung der Prozentwerte (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen)

Probleme Gemeinde	Infrastruktur ohne Sozialbereich	Darunter: Verkehrsprobleme	Sozialbereich	Darunter: Freizeit- und Kulturangebot	Umweltprobleme	Sicherheitslage	Darunter: Kriminalität
Calw	45,2% (848)	24,5% (457)	20,7% (386)	6,7% (123)	5,9% (110)	9,8% (182)	5,9% (109)
Freiburg	25,8% (623)	13,7% (332)	35,7% (862)	0,5% (13)	7,1% (171)	14,1% (342)	10,4% (252)
Ravensburg/ Weingarten	51,4% (1413)	28,6% (787)	15,3% (420)	11,6% (318)	6,4% (176)	11,5% (317)	9,9% (272)

Probleme Gemeinde	Zusammenleben	Darunter: Ausländer als "Problem"	Gemeindefinanzen und -verwaltung	Sonstiges
Calw	12,5% (234)	6,6% (123)	5,5% (102)	- -
Freiburg	5,6% (136)	1,2% (29)	6,4% (154)	5,3% (129)
Ravensburg/ Weingarten	7,8% (216)	3,2% (89)	7,2% (199)	0,4% (10)

Tabelle 4

Persönliche Opferwerdung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht
Verteilung der Prozentwerte (in Klammern die Häufigkeit der Nennungen)

Alterskategorie		Insg.	14-24	25-29	30-34	35-44	45-54	55-64	65 und mehr
Gemeinde									
Calw	Alle	25,8% (239)	35,0% (56)	37,3% (38)	29,9% (32)	30,3% (50)	16,3% (25)	15,0% (23)	17,4% (16)
	Männer	28,5% (138)	37,3% (31)	48,0% (24)	36,1% (22)	32,0% (24)	18,4% (14)	16,1% (14)	15,7% (8)
	Frauen	22,9% (101)	32,5% (25)	26,9% (14)	21,7% (10)	29,5% (26)	14,3% (11)	12,7% (8)	18,4% (7)
Freiburg	Alle	40,2% (449)	53,5% (91)	61,5% (99)	40,8% (53)	47,0% (85)	34,9% (52)	23,6% (30)	18,5% (34)
	Männer	42,0% (218)	58,5% (48)	53,1% (43)	46,7% (28)	51,1% (48)	32,8% (20)	26,4% (14)	18,4% (16)
	Frauen	38,9% (225)	48,9% (43)	70,0% (56)	36,2% (25)	42,5% (37)	36,0% (31)	21,6% (16)	18,3% (17)
Ravensburg/ Weingarten	Alle	29,4% (384)	46,3% (95)	35,9% (61)	41,7% (60)	29,1% (62)	24,9% (44)	19,5% (34)	12,7% (27)
	Männer	34,0% (223)	53,8% (49)	42,4% (36)	53,6% (37)	31,4% (37)	26,7% (24)	23,9% (22)	16,5% (18)
	Frauen	25,0% (158)	40,2% (45)	29,4% (25)	30,7% (23)	26,3% (25)	23,3% (20)	13,8% (11)	9% (9)

Abbildung 1:

hier Abb. R+V-Versicherung 1997 einfügen!